

Bezugspreise:
Für sechs Monate, bei zweimaliger Zahlung 7.— M., vierteljährlich 5.— M., a. Postumschlag, l. d. Postumschlag geboten mit 7.— monatlich, durch uns anzuordnen, Zweigstellen bei d. g. l. Postamt, 6.— M., a. Postumschlag, auch die Post monatlich 9.25 M., vierteljährlich 7.75 M., einjährlich 12.— M., Postumschlag, Postumschlag, nehmen alle Postämter an. Anm. Zeitungserzeugnisse: Soziale Zeitung, für unentgeltlich eingegangene, wenn keine andere Bezeichnung vorhanden, Nachdruck nur a. Quellenangabe, Soziale Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 a. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Soziale-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 70 Pf., Familien- u. Kleinanzeigen (privat) 6 Spalten 34 mm, 40 Pf., Bekannte die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— M., der Wiederholung Ermäßigung lt. bef. Anzeigenbedingungen, Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen, Erfüllungsort: Halle, erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 16, G. Braunstraße 17, Neben-Geschäftsstelle: Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 491.

Halle, Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Noch ein Wort zur Mark-Panik.

Die Vorgänge auf dem Weizenmarkt, die wir wiederholt in den letzten Tagen besprochen haben, rückt ein Artikel der „Frucht, Ztg.“ in eine besonders interessante Beleuchtung. Wenn auch die Ziffern, die dabei zu Grunde gelegt sind, schon vom Montag datieren und an sich durch die Entwicklung vom Mittwoch in etwas überholt erscheinen, so bringt der Aufsatz doch soviel Beachtenswertes, das wir ihn unseren Lesern im Wortlaut wiedergeben möchten:

Wie schon so oft, hat man bei uns geglaubt, daß der Ausbruch Katastrophen auf dem Getreide- und Weizenmarkt nur dem Weizenmarkt angebracht sei — heute sehen wir mit tiefer Bekommenheit, was wirklich zusammenhängend heißt. Von Samstag auf heute ist der Dollar um reichlich 40 Mark mit einem Schlag in die Höhe geschmetzelt, um ein halbes Viertel seiner vorwöchigen Bewertung. Und wenn wir zurückgehen bis zu den ersten französischen Verkaufsbarungen über das Gutachten des Völkerbundesrats, so sieht man sogar, daß der Dollar mit 190 auf 210 gestiegen ist, daß also in diesen wenigen Tagen eine Verschlechterung des damaligen Standes der deutschen Währung an den Börsen um volle 50% eingetreten ist. Für diesen grauenhaften Vorgang eine erschöpfende Analyse zu liefern, ist unmöglich, Stimmung allein beherrscht das Feld, nur das eine läßt sich konstatieren: Wir sind am Ende unserer Kraft. Die Reichsbank hat die Entwicklung entgegengekommen, solange sie konnte. Dieses Zeugnis kann ihr niemand verweigern, der in den letzten Tagen den Markt zu beobachten hatte. Das Institut hat für die Auffüllung der Augumilliarde einen großen Teil dessen geopfert, was als Reserve für seine eigenen Verpflichtungen angeammelt worden war, und es stand ihm seitdem für die Ausregelung nur ungefähr das bei der Verfügung, was täglich im Güterverkehr und bei der Hauptbank an Verkaufsaufträgen und an vermerkbaren Bescheinigungen vor. Wichtig liegen die Dinge bei den großen Privatbanken. Die Bank für die Ostsee hat darüber hinweg. Die Bedürfnisse waren eben so groß und so dringend, seit dem in Erscheinung getreten, daß nichts mehr handhabbar konnte, und da haben leider diejenigen Rechner Recht behalten, die der Meinung waren, daß die Kauffeie j schneller nach oben treibe, je höher das Niveau selbst rückt. Dabei ist dieses Niveau inzwischen so gefährlich und so unerkennbar geworden, daß man mit dem Hinweis auf spekulative Maßnahmen von Inländern und Ausländern nicht mehr weit kommt. Viel eher möchte man befürchten, daß die Positionen in fremden Weizen nach Übung drängen. Denn tatsächlich hat man in Deutschland in den westgehenden Kreisen nicht nur auf eine gerechtere Entscheidung in der oberösterreichischen Frage, sondern auch auf eine wachsende Einsicht in der gesamten Reparationsfrage geredet und eine derartige Entwicklung, wie sie jetzt eingetreten ist, nicht für möglich gehalten. Heute zum erstenmal, seitdem der Weizenhandel freigegeben ist, mußten in wirklichem großen Maße Reparationen vorgenommen werden. Die Zuteilung auf Anzahllager London betrug 75%, diejenige auf Anzahllager New York gar nur 30%. Die offiziellen Notierungen von 1854 bzw. 715 1/2 sind dann auch durch die Abrundungsfälle noch überhöht worden. Die Kursnennungen waren an der Nachbörse für den Dollar auf weit über 190 gerückt. Nachmittags 4 Uhr waren dann Kurse von 190 Brief für den Dollar und 725 Brief für das Pfund Sterling in Umlauf.

Zu all den Enttäuschungen, die man für den heimischen Bedürfnis der importierenden Handels- und Industriebranche anfängt, ist jedoch nur noch eine einzige hinzuzusetzen. Sie knüpft an die allgemeine, im Hinblick auf das Wintergeschäft und auf die erwarteten Preissteigerungen bewertete Einkaufstätigkeit auf den ausländischen Warenmärkten an, wozu dazu, daß Deutschland in manchen amerikanischen Ausführungsprodukten ein härteres Abnehmer war als England, wozu die amerikanische Statistik gerade jetzt die Belege zu liefern scheint, und bringt die überhöhten Nachfrage mit zwei weiteren Umständen in Verbindung, die demnach in Deutschland selbst Platz greifen. Es handelt sich um die bekannte Vorgesandlung zur Erhöhung gewisser Zollsätze auf Kaffee, Tabak usw. und um die am 20. Oktober abgelaufene Steigerung des Goldagio auf Höhe von 900 auf 1900%. Es ist Tatsache, daß die Dampfzentrifuge in den Jahren sich gerade daraufhin erheblich vermehrt haben, und daß in den Hafenstädten im Handumdrehen sämtliche Lageräume belegt wurden mit Gütern, welche die Kaufmannschaft noch vor dem Eintreten der in Aussicht stehenden Zollhöhung hereinzubringen sucht. Es ist bekannt, daß die Reichsbehörden aus Rücksicht auf die Sanktionen und in dem Gebiet, die Luft zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet nicht noch tiefer werden zu lassen, als sie durch die wirtschaftlichen Zwangsmaß-

nahmen der Entente ohnehin schon geworden ist, sich bis zur Aufhebung der Sanktionen dagegen sträubte, in dem Zollagio die volle Entwertung der Papiermark zum Ausdruck zu bringen. Fast ein Jahr lang beharrte man auf dem Goldagio von 900%, und die nunmehrige sprunghafte Anpassung, die übrigens insolge der Weizenentwicklung während der letzten Tage schon längst nicht mehr zureicht, ist ungewollt mitgeschick geworden an der überhöhten Einbeziehung mit fremden Waren und fremden Devisen. Auch in dieser Beziehung waren wir unter den Folgen der Weizenagitation, deren die Gegner seit Verfall des nicht mehr werden. Zu anderem Teil liegt freilich die Schuld bei uns selbst, bei unserem Volke, bei den Kaufleuten und bei der Regierung. Diese hat es nicht fertig gebracht, daß unser Verbrauch nur entbehrlichen Einheitsgütern reduziert wird auf ein Mindestmaß. Das Volk verzehrt gedankenlos alle diese ausländischen Luxus- und Halbkonsumwaren, und die deutsche Kaufmannschaft sieht nur auf Gewinn und nicht auf große Ganze, indem sie die Steigerung dieses überflüssigen Verbrauchs mit allen Mitteln fördert. Zwar ist zuzugeben, daß auch unserer Regierung, namentlich durch den Vertrag von Versailles, in Bezug auf die Absperrung vom Ausland die Hände mehrfach gebunden sind; zwar ist anzunehmen, daß ein Teil dieser überflüssigen Importstoffe ebenso wie ein großer Teil der Veredelungsstoffe, die augenblicklich mit Weizen ins Land gezogen werden, ihre endgültige Bestimmung nicht im inländischen Gebrauche, sondern im Veredelungsexport finden soll; zwar mag es fernerhin richtig sein, daß ein Teil der Dilländer und auch der südlich von uns gelegenen Staaten auch in deutscher Mark wieder einmal ihre Einfuhr finanzieren, aber ein starker Schuldposten bleibt dennoch auf uns selber haften.

Über allem freilich steht die Wirkung der Reparation. Das Garantiekomitee der Alliierten hat sich in Berlin selber überzeugt von der Kampfbildigkeit unserer Weizenbeschaffung für Reparationszwecke. Dieses Komitee weiß auch, daß noch immer ein Restposten der für die Ausgabung aufgenommenen Auslandskredite der endgültigen Abtragung harret. Dieses Komitee hat sogar erklärt, daß man über die weitere Zahlungsrichtung noch neue Verhandlungen zu führen gedenke. Aber hat man je davon gehört, daß seine Ermittlungen über die entscheidenden Politiker der Nationen und auf diese selbst den Eindruck gemacht hätten, der allein weiter helfen kann, den Eindruck nämlich, daß das Londoner Diktat praktisch undurchführbar ist, und daß es in der unvollständigen Weise revidiert werden muß. Statt einer Erleichterung soll uns denn eine neue Erleichterung, eine neue Amputation am Wirtschafts- und Steuerkörper beschieden, und man kündigt uns diese Schwächung der Alliierten und Zahlungsfrist unmittelbar nach jenem kampfartigen Beginn der Zahlungsunfähigkeit, nach jenem Widerstandstrage an, der uns für eine Umwandlung von Geldgütern in Warenschulden das Opfer einer langjährigen Steigerung der inländischen Papierwertigkeit anbot. Ist es ein Wunder, daß nach solcher Zugspitze die Hoffnungen auf eine einigermaßen erträgliche und ausreichende Finanzierung der deutschen Industrie ansehnlich für Reparationszwecke um mehrere Grade gesunken ist, daß diese reich konstruierte Säule des Reichsmarktes ihre erhoffte Wirkung verliert? Nein, es ist nicht erstaunlich, daß eine neue schwere Kreditverfälschung über uns hereingebrochen ist, die sich in dem Verfall des Goldagio von 900 auf 1900% ausdrückt. Aber ebenjenseits dieses Scheiterns jedem denkenden Geschäftsmann und Finanzmann die andere Konsequenz, daß es den Franzosen nunmehr erst recht nicht gelingen wird, die ihnen ausgesetzten deutschen Reparationspflichten noch irgendwo in der Welt unterzubringen in einem Maße, das ihren eigenen Selbstbedürfnissen entspricht. Das deutsche Volk wird augenblicklich einem Winter voller unaufrichtiger Teuerung, Vorkriegs- und sonstigen Umwälzungen entgegengehen, einem neuen entsetzlichen Umwertungsprozess, der es im Punkte der Reparationen trotz augenblicklich wachsender Exportausfichten bis zum vollkommenen Verfall führen kann. Mußte die Reichsmark erst auf 2 1/2 Goldpfennige herabzinken, um der Welt die Augen und den Verstand zu öffnen?

Erst Uebergabe an Polen, dann an Deutschland.

Die Entscheidung des Völkerbundesrates ist am Montag der Z. A. durch die Polischaktionierung übermittelt worden. Sie wird jedoch erst im Augenblick ihrer Uebergabe in Berlin und Warschau der oberösterreichischen Bevölkerung bekannt werden. Die Polen fällen bisher von englischen Truppen besetzten Teile der Kreise Beuthen, Katowitz, Tarnowitz und Lublitz werden 66

bereits von den Engländern geräumt und von den Franzosen übernommen, die sie den Polen übergeben werden. Die englischen Grenz-Abwehrkommandos werden eingezogen. Als Kreisinspektoren von Beuthen Land amtierend bereits wieder ein Kommando. Die Uebergabe an Deutschland und Polen fallenden oberösterreichischen Gebiete ist von der Z. A. in der Art geplant, daß zunächst die Uebergabe an Polen stattfinden. Erst wenn die Polen die Uebergabe ihres Gebietes durchgeführt haben, dürfen zwei Tage später die Deutschen in das ihnen überlassene Gebiet Oberösterreich einrücken. General De Rond wird den polnischen Staatschef Biliński bei dessen Einzug in Kattowitz persönlich empfangen und ihm die an Polen fallenden Gebiete mit einer längeren Ansprache übergeben. Der Abtransport der interalliierten Truppen aus Oberösterreich ist so geplant, daß zunächst die Engländer und Italiener und erst dann die Franzosen abberufen werden. Die französischen 49. Division, die für Oberösterreich besonders zusammengestellt worden war, wird nach ihrer Rückkehr nach Frankreich bis auf das Jägerbataillon 20 aufgelöst. Letzteres Bataillon wird voraussichtlich nach Memel zur Verstärkung der dortigen französischen Garnison verlegt werden. Bevor nun die Uebergabe der den Polen zugeprochenen oberösterreichischen Gebiete erfolgt ist, beginnen die Polen bereits wichtige Anstalten in Kattowitz Stadt und Land zu übernehmen. Zum Bürgermeister der Stadt Kattowitz haben die Polen das ehemalige Vorkriegsmitglied der Zentrumspartei, den jetzigen polnischen Konsul in Katowice, Dr. G. S. S. zum Kandidat des Kreises Kattowitz den bekannten polnischen Injuristenführer A. M. C. zum Deputierten zum Reichstag ernannt. In Doppeln Truppen heute vormittag zwei Kompanien französischer Besatzungstruppen ein. Die beiden Kompanien sind nach dem Zentralrevier abtransportiert worden.

Königshüttes letzter Protest.

20. Königshütte, 19. Oktober

Von Königshütte sind folgende Telegramme an den Ministerpräsidenten von England und Italien und an den Obersten Rat in Paris gefandt worden: „Die Stadt Königshütte ist mit über 80 000 Einwohnern die reichste Stadt Oberösterreichs und hat mit 75 Prozent für Deutschland gestimmt. Seit Meers her bestehen die engeren wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den Städten und Landkreisen Beuthen und Gleiwitz. Die Wasserleitung von Königshütte liegt auf deutsch-österreichischem Gebiet. Die in Königshütte liegende Königsgrube ist der wichtigste Bestandteil der Staatlichen Bergwerksdirektion Haidenburg und mit derselben wirtschaftlich aufs engste verknüpft. Die einen bedeutungsvollen Bestandteil der Stadt Königshütte bildende Königsgrube Kaufmannschaft geht bei einer Verletzung von dem deutschen Mutterlande ihren vollständigen Ruin entgegen. Es würde mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das das den Verfassern des Verfallers Friedens bilden sollte, im krassen Widerspruch stehen und der in Genf so oft betonten Gerechtigkeit und Unparteilichkeit geradezu ins Gesicht schlagen, wenn die bekanntgewordene Absicht der Abtretung von Königshütte an Polen verwirklicht werden würde. Diese Absicht kann nur auf mangelhafter Information oder Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhen. Die Absicht hätte nicht aufkommen können, wenn ihr Urheber durch persönliche und schriftliche Informationen die Verhältnisse gerührt hätte. Da zum Teil Zweifel vorhanden, die alle Kaufleute von Königshütte mit nur vereinzelten Ausnahmen bezieteten, verlangten das Reklamate nachgehoben und fordern unbedingt das Verbleiben von Königshütte bei Deutschland.“

Kaufmännischer Verein E. R. Königshütte und Verein katholischer Kaufleute, Königshütte.

Entschließung des deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages sah in seiner in Berlin gestern abgehaltenen Sitzung nachstehende Entschließung:

Der Städtetag gedenkt mit schmerzlicher Empfindung der deutschen Städte in Oberösterreich. Ein Gemächts, der sich über den Vertrag und den Abstimmungsweisen hinwegsetzt, will Oberösterreich zerteilen und zahlreiche rein deutsche Städte die Folgen von jahrbüchereinfacher deutscher Kulturarbeit von Deutschland trennen. Durch den Verfallers Vertrag seiner Nachmittels beraubt, kann Deutschland sich gegen Gewalt nicht erfolgreich wehren. Aber es kann Recht durch Gewalt nicht unterdrückt werden, und die Hoffnung bleibt, daß der Tag des Rechts schließlich kommen wird. In dieser Ueberzeugung wird das Deutschland in den oberösterreichischen Städten treu austreten. Die germanen deutschen Städte werden ihnen in ihrer Not treubüchertlich zur Seite stehen.

Polnischer Vorstoß.

Jenseits der Grenze sind im Raume Praza — Stanz neue polnische Truppenformationen angekommen. In der Nacht zum 18. unternehmen anschließend einige dieser Formationen einen Vorstoß im Raume Ohrau — Bohanowitz. Nach zweistündiger Feuer, wobei Maschinen-gewehre und Handgranaten verwendet wurden, zogen sich die Polen wieder zurück.

Sturmzeichen in Oberschlesien.

Aus allen Teilen Oberschlesiens treffen Nachrichten von Aufregungen und Gewalttaten ein. In einer polnischen Versammlung in Korf wurde die Bevölkerung aufgefordert, sich auf einen neuen Zustand mit gütlicher Absegnung des Reiches gefaßt zu machen. Auf ein Auto der oberösterreichischen Kraftzentrale Rattowitz wurde bei Rhybnit von polnischen Banden ein Handgranatentatentat verübt. Die deutsche Gefährde, die wegen ihrer nationalen Gesinnung den Polen verhaßt sind, werden mit dem Tode bedroht, so am Dienstag nachmittag der Pariser eines Ortes im Gewitter Streite, der unter Todesdrohungen aufgefordert wurde, den Ort in 24 Stunden zu verlassen. Die Bolschewik in Warschau wurde vorgestern nachmittag durch 10 bewaffnete Personen erschossen und ausgeraubt. Aus den Betrieben der Industrie verlautet, daß in den letzten Tagen die kommunistische Agitation zu Zwecken der Sabotage mit Hochdruck betrieben wurde.

Bedrohende Massenflucht der Beamten und Intelligenz.

Unter der deutschen Verletzung macht sich große Unruhe bemerkbar; sie begt die Befürchtung, unter der neuen polnischen Herrschaft schlecht behandelt zu werden. Wenn nicht alles täuscht, wird in den nächsten Tagen eine Massenwanderung von Beamten einsehen. Die gleiche Bewegung tritt unter der Intelligenz und sogar unter den Qualitätsarbeitern hervor. Würde diese Bewegung größeren Umfang annehmen, so wäre die Folge für das oberösterreichische Wirtschaftsleben katastrophal.

Polnischer Einspruch gegen Genfer Bestimmungen.

Das Organ des polnischen Obersten Volksrats, der „Dzennik“, weiß aus Pariser politischen Kreisen mitzuteilen, man habe dort die Ansicht, Polen werde bezüglich der Beschlüsse der wirtschaftlichen Kommission gegen Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15 tägige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheit der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

Der Warschauer „Kurjer Poranny“ nennt die Tatsache, daß bezüglich der Teilungslinie noch in verschiedenen Punkten Unklarheiten bestehen, vollkommen unbegründlich, da es die Pflicht des Völkerbundes gewesen sei, den Vertreter Polens in Genf über den Verlauf sämtlicher Arbeiten genau aufzuklären, und da Polen nur unter dieser Bedingung auf Wunsch Frankreichs auf die Teilnahme an den Besprechungen des Völkerbundesrats verzichtet habe.

Die Botschafterkonferenz

einigte sich heute vormittag über das Verfahren, nach dem den interessierten Regierungen die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien notifiziert werden soll. Die Botschafterkonferenz hält um 5 Uhr nachmittags eine neue Sitzung ab, um die Redaktion der Mitteilungen zu vollenden, die nach Warschau und Berlin gehen sollen.

Der Frieden mit Amerika.

(Durch Zustimmung) Wie zur Ratifizierung der Friedensverträge durch den Senat ergänzend gemeldet wird, wurden die Verträge mit dem Deutschen Reich und Österreich mit 66 gegen 20 Stimmen und der Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen.

Senat der Senat zur endgültigen Abkündigung über die Friedensverträge schreibt, bei der eine um drei Stimmen höhere Mehrheit erzielt wurde, als zur Zweidrittelmehrheit erforderlich war, verurteilt die Demokraten, anstelle des Vertrages mit Deutschland den Versailles Vertrag mit dem von Lodge vorgeschlagenen 12 Vorbehalten zur Annahme zu bringen. Der Versuch mißglückt. Es wurden die vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte angenommen, durch die unterlag nicht, daß die Vereinigten Staaten zu der Reparationskommission oder an irgendeiner anderen internationalen Kommission ohne Zustimmung des Repräsentantenhauses sich als Mitglied beteiligten.

Nach der Zustimmung des Senats zu den Friedensverträgen steht nur noch die formelle Ratifikation aus.

Protest gegen den preussischen Grundvermögens-Steuerentwurf.

Der Vorstand des Preussischen Städte-Tages, der am 17. und 18. Oktober im Berliner Rathaus tagte, hat gegen den Entwurf der preussischen Grundvermögenssteuer wie folgt Stellung genommen:

Die Finanzen der preussischen Gemeinden sind seit 1894 neben der Einkommensteuer auf Realsteuern, Grund- und Gebäudesteuern, Gewerbesteuern aufgebaut, indem Mittel von den richtigen Gebäuften ausging, daß Grundbesitz und Gewerbe aufs engste mit der Entwicklung der Gemeinde verknüpft sind. Die preussischen Gemeinden haben in der zwischenliegenden Zeit bewiesen, daß der Gebäuften richtig war, und haben in mühevoller Arbeit die ihnen überlassenen Steuern in Anlehnung an die örtlichen Verhältnisse in der verschiedensten Weise sorgsam ausgebildet und so extrarichtig gestaltet, wie es dem Staate nie gelungen wäre und auch nie gelingen kann, weil die örtlichen Verhältnisse nur im Rahmen der Gemeindebesteuerung genügend berücksichtigt werden können. Nachdem die Einkommensteuer zur Reichsteuer geworden ist, müssen die preussischen Gemeinden verlangen, daß ihnen wenigstens die rechte Grundlage ihrer Finanzierung auf dem Gebiete der direkten Steuern ungeschmälert erhalten bleibt und der preussische Staat seine Hand von diesen Steuerquellen für seine Zwecke fernhält.

Der Reparationsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat am Dienstag eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, die Frage zu prüfen, ob der Fall der Steuerbefreiung von Wirtschaften die Heiligtumsverfassung wirtschaftlich ist ohne die finanzielle Grundlage der Gemeinden noch härter zu gefährden. Die Befreiung möglichst aller deutschen Gemeinden mit elektrischem Strom ist wichtig und dringlich. Die Aufhebung der Befreiungsvorschriften für die Monopolbetriebe des Reiches selbst lehnte der Ausschuss ab. Für den Fall,

daß die vom Reichswirtschaftsrat gewünschte Prüfung zum Fortfall der gemeindlichen Steuerprivilegien führt, wurde beschlossen, daß aus den Steuereinnahmen der Gemeinden elf Zwölftel der gesparten Steuern zurückzuvergüten sind.

Tagung der Kaufmännischen Bergbauangehörigen.

Im Rahmen der großen Essener Veranstaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes fand die Tagung der kaufmännischen Angehörigen in der Ruhr am 17. und 18. Oktober in Berlin stattfand. Über die Verhandlungen zur Gestaltung des neuen Knappschaftsstatuten-Gesetzes. Er stellte die Forderung auf, den versicherungspflichtigen Angehörigen die Möglichkeit freier Wahl zwischen Knappschaftsstatuten und Berufsversicherung zu geben und durch eine zentrale Zusammenfassung der Knappschaftsverbände zu einem Reichsknappschaftsverband die Leistungsfähigkeit zu steigern. Eine diese Forderung enthaltende Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Ein bereites Zeugnis von dem Verantwortungsbewußtsein, mit dem die Tätigkeit des D. H. B. getragen wird, zeigte der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag des Mitgliedes des Reichsknappschaftsrats Sal. J. Effen ab. Der Redner beleuchtete die Aufgaben der Kaufmannsgehilfen im Bergbau, die als die Vertreter des augenblicklich bedeutendsten Wirtschaftszweiges Deutschlands hervorragen zu berufen sind, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Diese Arbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn jeder einzelne Angehörige die Verantwortung fühlt und im Bewußtsein jeder Verantwortung den wirtschaftlichen Gesichtskreis erweitert und an der stetigen Verwirklichung des Berufswissens arbeitet. Die Veranlassung war einstimmig der Meinung, daß die Schaffung einer schlagfertigen Organisation innerhalb der Berufsgewerkschaft zu den dringendsten Aufgaben gehört.

Preussischer Landtag.

Schritte über die Kartoffelverforgung.

Berlin, 19. Oktober.

58. Sitzung.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr mittags eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die großen Anfragen über die Kartoffelverforgung mit dem Antrag Winter (D. W.) über rechtzeitige Maiseinfuhr, um angelegte der Kartoffelhernte die Kartoffeln auszufüllen für die menschliche Ernährung freizubehalten, dem Antrag Jacoby (Ztr.) auf Herabsetzung der Eisenbahntarife für Speisekartoffeln, dem Antrag Schulz-Neußilf (Komm.) auf Einführung des Kartoffelverforgungsgesetzes, dem Antrag v. Krause (D. W.) auf Maßnahmen gegen Kartoffelverfälschung ins Ausland und gegen Preiswucher und Ungläubigkeit sowie auf Transporterleichterungen und mit dem Antrag Klian (Komm.) auf Verbot des Verkaufes von Saatkartoffeln vor dem 15. Februar.

Abg. Gronowski (Ztr.) meint, es komme nur darauf an, daß die Regierung ihre Maßnahmen gegen den schamlosen Preiswucher und zur Sicherstellung des Kartoffelbedarfes der Städte und Gemeinden klarlege. Wir verlangen bündige Erklärungen, nicht mehr die Antinomie von Verordnungen, die nur auf dem Papier stehen. Trotz der Minderheit seien immer noch 35 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden. Gebrauch würden zur Ernährung nur 18 Millionen. Es könne also kein Mangel bestehen, Redner fordert energische Betätigung der Preisprüfstelle und scharfe Anwendung der Buhngesetze. (Beif. 1. Ztr.)

Abg. Simberg (Zog.) An den hohen Kartoffelpreisen trage nur die Bandwirtschaft Schuld. Wenn es nicht anders geht, muß eben das Nachdrücken angewendet werden.

Abg. Kaehler (L. Z.) verlangt Befehlsgabe aller bei den Händlern lagernden Vorräte, Schaffung einer Kontrolle und Sozialisierung der Bandwirtschaft.

Abg. Kiedel (Dem.) fordert Ermäßigung der Transporttarife, Maßnahmen zur Unterbindung des illegalen Handels, Förderung des Absatzes von Lieferungsverträgen und Berufung einer Kommission der Verbraucher, Erzeuger und Handelsvertreter zur Siderstellung der Ernährung bei erdrückenden Preisen. Es muß dagegen eingeschritten werden, daß nach Holland und Dänemark Kartoffeln in ganzen Zügen über die Grenze gehen.

Abg. Schulz (Komm.) kritisiert scharf die Rechtsprechung der Buhngesetze. Als Redner die bürgerliche Justiz eine schamlose Hure nennt, entsteht Unruhe bei den bürgerlichen Parteien. Präsident Keiner bezeichnet den Ausbruch als nicht der Würde des Hauses angebracht. Neuer Säim entstand, als der Abgeordnete darauf hin den wärdelosen Red der Richter sprach. Der Präsident erklärt, auf diese Provokation nicht eingehen zu wollen und einen Ordnungsruf nicht zu erteilen, weil der Redner den Anordnungen des Präsidenten keine Folge gebe. Es sei bedauerlich, daß Abg. Schulz in seiner Ausdrucksweise nicht den Abstand zu wahren in der Lage sei. Diese Rede veranlaßt Schulz bald darauf, zu behaupten, die Sozialdemokratie habe mit der Justizbehörde eine Verschwörung. (Erregte Zwischenrufe. Ruf: Unerbötlich d. b. Bürger.) die mit wenigen Ausnahmen nimmere der Saal verlassen.)

Nächste Sitzung morgen mittag 12 Uhr. Weiterberatung.

Die Kartoffelzorge.

Bei einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am Vorabend des Ministers Hermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelverforgung und Preisentwicklung eingehend besprochen und im Anschluß daran Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, eine Verstärkung der Anlieferungen und eine Eindämmung der Preise herbeizuführen.

Der Sturz der deutschen Mark.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zum Sturz der deutschen Mark, wenn der Sturz noch weiter gehe, so sei die Entente veranlaßt worden, weil sie ihn nicht auf die einzige Art verhindern habe, durch den sie ihn verhindern könnte, nämlich durch Verminderung der Zahlungseinstellungen Deutschlands.

In einem „Die deutsche Krise“ überschriebenen Artikel schreibt „Daily Chronicle“, die Nachricht über die Einlösung des Völkerbundsrats in der oberösterreichischen Frage habe in Deutschland zur Folge gehabt, daß das Kabinett Wirth erschüttert sei, daß es beschlossen habe,

zurückzutreten. Der Sturz des Kabinetts Wirth würde also eine ernste Sache sein, wenn er die Rückkehr zur notwendigen Politik bedeuten sollte. Wirth sei der erste deutsche Kanzler gewesen, der zu einem endgültigen Programm gewandt hätte, diesen Verpflichtungen innerhalb der Grenzen des eben Möglichen erfüllt nachzukommen. Der wahre Sturz der Mark könnte katastrophale Folgen zeitigen, die sich weit außerhalb Deutschlands fühlbar machen würden, und das Wiederaufleben des Handels in Europa noch weiter verzögern.

Ein Hauptstipion.

Ein Landesverratssprecher von ganz eigenartiger Gedränge hat gestern vor dem Reichsgericht in Leipzig begonnen. Unter der Anklage, seit zehn Jahren militärische Geheimnisse an untere ehemaligen Feinde verraten und ihnen während des Krieges als Spion geholfen zu haben, steht ein Mann, der im deutschen Heere zwölf Jahre gedient hat, nach der deutschen Verfassung ein Hauptstipion im Range eines Hauptmanns. Er hat sich in den letzten 44 Jahren als Oberverwalter Paul Boggs, dem der Erfindungsbesitz zweier fertige Handlungen von Batterienverrat vorwirft. Die erste Serie von Verbrechen besteht darin, daß er von 1903 bis zum Kriegesbeginn fortgesetzt Schriften und Zeichnungen, deren Geheimhaltung im Interesse der Verteidigung des Deutschen Reiches geboten war, in den Besitz feindlicher Spionagebüros hat gelangen lassen. Im Jahre 1917 hat er sich Geräte und Konstruktionspläne einer Feldbatterie aus dem Militärdepot in Spandau durch Einbruch verschafft und an die französische Regierung geliefert. Die zweite Serie der dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen besteht darin, daß er von 1914 ab während des Krieges dem Feinde den Vorhab gelehrt und der deutschen Seeresmacht Nachteile zugefügt hat, indem er von Holland aus, während er als Kanjehelms bei der deutschen Gesellschaft im Haag ange stellt war, den Russen, Engländern und Franzosen als Spion diente. Wie sich aus der Vernehmung des Hauptstipions ergibt, ist er in Verbindung mit dem feindlichen Spionagebüros einen französischen Offizier gekommen, der Aufträge über militärische Dinge und anderes von ihm verlangte. Die Verhandlung über die Einzelheiten findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil ist am Sonnabend zu erwarten.

Deutsches Reich.

Die Reichsgesellschaft der Post- und Telegraphen-Beamten teilt mit: Die Leitung der Reichspostgewerkschaft hat sich erneut mit der Frage der Steuerung der wirtschaftlichen Not der Beamtenhaft beschäftigt und ist zu dem Beschluß gelangt, daß der Beamtenhaft, um sie vor einer sonst unabwehrbaren Katastrophe zu bewahren, sofort und durchgreifend geholfen werden muß. Die in der Vorbereitung begriffene großartige Neuregelung der Beamtenbeschäftigung ist mit größter Beschleunigung durchzuführen. Außerdem verlangt die Reichspostgewerkschaft zur Abwendung drohender Not und zur Befähigung von Wintererwerbslosen und Arbeitslose die sofortige Vorauszahlung eines namhaften Betrages an die zu erwartenden Arbeitslose. Die Reichspostgewerkschaft hat ferner Beschluß dem Deutschen Beamtenbund zur nachdrücklichen und schleunigen Vertretung bei den maßgebenden Stellen übermitteln.

Disziplinargesetz für die Beamten. Nach einer Antwort der Reichsregierung auf eine Kleine Anfrage der Demokraten Debus und Schmidt ist das neue Disziplinargesetz für die Reichsbeamten in Bearbeitung; ein Disziplinargesetz für die untersteigerte zur Prüfung der obersten Reichsbehörden. Ein einheitliches Disziplinargesetz und auch ein für alle deutschen Beamten gültiges Disziplinargesetz zu schaffen, gehört nicht zur Zuständigkeit des Reiches, das nur die Grundlagen des Beamtenverhältnisses regeln und Grundkräfte für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperlichkeiten aufstellen kann. Es darf angenommen werden, daß Preußen bei seinem Disziplinargesetz auf die Grundlagen des Reichsdisziplinargesetz Rücksicht nehmen wird.

Auslands-Rundschau.

Bombenanschlag in Lissabon. Die spanische Zeitung ABC, meldet, aus Lissabon seien Nachrichten eingetroffen, wonach bei einem vom Bürgermeister, dem Regierungsmitgliedern geborenen Festessen eine Bombe geworfen wurde. Mehrere Mütter wurden verletzt. Es wurden mehrere Revolutionäre verhaftet, die sich in ein benachbartes Café flüchteten.

Ein neuer Einfall ungarischer Banden in Oesterreich.

Wien, 19. Oktober (Eigene Drahtmeldung.) Amlich wird gemeldet, daß gestern vormitag an der steierischen Grenze östlich Steyr ein Einfall ungarischer Banden nach langem Feuerkampf zurückgewiesen wurde.

Halle und Umgebung.

Halle, den 20. Oktober 1921

Wittensburger von Fernpredigten. Nach der neuen Wittensburger sind Vereinigungen von Personen, Firmen usw. zulässig, die sich lediglich in der Absicht zusammenschließen, Fernpredigten einzurichten gemeinsam zu besuchen. Die Telegraphenverwaltung erkennt solche Vereinigungen überwiegend unter folgenden Voraussetzungen an, wobei für die einzelnen Beteiligten aus in das Amtliche Fernpredigt aufgenommen: Die Personen usw., in deren Räumen sich keine Predigten befinden, müssen entweder mit dem Teilnehmer gemeinsame Wohn- oder Geschäftsräume innehaben, oder die beiderseitigen Wohn- oder Geschäftsräume müssen so zueinander liegen, daß durch das Besuchen der Wittensburger keine unüberwindlich langen Wege zurückgelegt werden müssen. Fernpredigten angehöre des Teilnehmer werden in das amtliche Fernpredigt einbezogen, wenn sie einen selbständigen Beruf ausüben oder ein selbständiges Geschäft haben. Die Eintragung erfolgt nur der Aufnahme des Falls hervorgerufen durch — (Familienname des Aufnahmehabers). Für die Aufnahme eines, oder mehrerer Hauptpersonen zulässig, um eine Nebenstellenangehörung gemeinsam zu betreiben, so müssen sich ihre Wohn- oder Geschäftsräume in demselben Gebäude befinden. Die Inhaber solcher Hauptstellen haben sich schriftlich zu verpflichten, für alle aufgenommenen Personen die Kosten der Fernpredigten zu übernehmen. Für Nebenstellenangehörung ist die Fernpredigtenverwaltung für die Fernpredigtenverwaltung zuständig. Fernpredigten sind in der Regel in Wohn- und Geschäftsräumen anderer Personen als der Inhaber der gemeinsam betriebenen Nebenstellenangehörung zu betreiben. Im Falle der Fernpredigtenverwaltung, dürfen keine Anträge die Aufnahme des Amtes nur mit der Aufnahme des Amtes.

